

Hätte das Land mehr Diener und weniger Herren, mehr Männer wie diesen schmalschultrigen Versicherungsvertreter, vielleicht wäre dann alles gut gegangen in Hellas.

Pantelis Kavvadas stellt ein Glas mit Zuckersirup auf den Tisch, darin schwimmen grüne Pistazien, eine Spezialität seiner Heimatinsel Chios. Als wollte er sagen, ich habe den Boden unter den Füßen nicht verloren, ich weiß, wo meine Wurzeln sind. Neben das bauchige Pistazienglas legt der Mann ein Papierkonvolut, dick wie drei aufeinander gestapelte Fladenbrote. Das Deckblatt ziert der Schriftzug *Ελλάδα Δημοκρατία*. Das ist die offizielle Bezeichnung Griechenlands.

Pantelis Kavvadas kennt jedes Blatt in dem Papierberg. Er war Beamter. Als 18-Jähriger fing er an, seinem Staat zu dienen. „Ich wollte alles richtig machen“, sagt er. Nach 29 Jahren hat er den Dienst quittiert, weil die griechische Republik nicht wissen wollte, was er, der Hartnäckige, herausgefunden hat.

Seit vier Jahren ist er nun nicht mehr Diener. „Ich kann wieder gut schlafen“. Er fühle sich frei, sagt Kavvadas. Und er hat immer noch diesen dicken Bericht, den damals, als er fertig war, im August 2006, kaum einer lesen wollte. Wohin er ihn auch brachte, überall verschwand er in Schubläden.

Eine Herzmaschine kostet in Zypern 11 000 Euro – und in Griechenland: 43 000 Euro.

Jetzt sollten sich eigentlich viele für das Konvolut interessieren, die EU-Kommission zum Beispiel, die ihre Prüfer fast wöchentlich nach Athen schickt, um den Internationale Währungsfonds, oder die Politiker in Berlin. Alle, die Griechenland mit Krediten vor dem Bankrott retten wollen. Wenn sich nämlich nichts ändert an dem, was Kavvadas aufgeschrieben hat, dann werden die vielen Milliarden, die nun nach Athen fließen, in einem schwarzen Loch verschwinden. So viel kann man schon sagen.

Der Beamte hatte damals, in den Jahren 2003 und 2004, einen bösen Verdacht. Er war staatlicher Prüfer für die öffentlichen Krankenhäuser, und er glaubte, dass die Preise für medizinische Produkte – Dialysefilter für Nierenkranke zum Beispiel, oder Stents, die man für kranke Herzen braucht – in Griechenland viel höher sind als im Rest der EU. Die Krankenhäuser verschlingen in Hellas einen riesigen Brocken des staatlichen Budgets. Die Schulden aus den Kliniken sind in Zypern fast doppelt so hoch, das Athens sie vor der EU lieber gleich ganz versteckt hat. Als dies entdeckt wurde, schnellten die offiziellen Defizitzahlen in die Höhe, was letztlich mit zugewanderten griechischen Krise geklärt hat.

Kavvadas recherchierte auf eigene Faust. Er bat die griechischen Botschaften in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und in Deutschland um Mitarbeiter, die in Zypern kostengünstigeres Material beschaffen könnten. Dann ließ er den griechischen Handelsattaché in Den Haag die 15 größten Hospitaler der Stadt anschreiben und erfuhr lediglich, Verträge mit Lieferanten seien „Privatsache“. Die aus Frankreich kamen ein paar Daten, und als Kavvadas dann noch das Zollamt in Zypern befragte, da hatte er zumindest ein paar Belege.

Zum Beispiel Defibrillatoren, Maschinen, die ein flatterndes Herz wieder in Takt bringen. In Zypern kostet ein solches Gerät 11 000 Euro, in Frankreich waren es 15 000. In Griechenland aber wurden dafür 43 000 Euro verlangt.

Wer über die Phantasiereise nicht redet, der tut dies lieber in hier zu leisen Lokalen.

Das gleiche Muster bei Klinikmaterial. „Bei uns war vieles vier bis fünf Mal, ja bisweilen zehn Mal so teuer“, sagt der Ex-Prüfer. Er erinnert sich beispielsweise an Dialysefilter der deutschen Firma Fresenius, die in Zypern 2005 für 18 bis 17 Euro zu haben gewesen sind, in Griechenland aber für 50 bis 66 Euro. Er fand Offshore-Firmen, registriert in Zypern oder Barbados, die Produkte internationaler Pharmahersteller ein- und wieder ausführen. Die Europäer und Amerikaner, waren sie wundersamerweise viel wertvoller als vor der langen Reise.

Wer wissen will, wie der griechische Staat sich ins Unglück geritten hat, der kann in einem Altbau-Gartenlokal, in dem das Stimmengewicht von Lauscher bietet, den unauffälligen Herrn Kavvadas treffen; er kann auch mit Politikern reden, die einen Tag später anrufen und ihre Aussagen korrigieren. Oder er kann das erste Gerichtsurteil lesen, das sich mit hellenischen Phantasiereisen befasst und jüngst in Großbritannien erging, gegen den Ex-Vizepräsidenten der Firma DePuy, die zum US-Multi Johnson & Johnson gehört. Ein Kaufstern, heißt es da, kostete in Athen das Doppelte des EU-Durchschnitts. Verurteilt wurde der Manager wegen Korruption.

Die EU war schon fast euphorisch, weil Griechenland jetzt so viel tut für die 110 Millionen Euro, die Europa und die Währungsfonds Athens in den kommenden drei Jahren geben werden; für 22 Milliarden garantiert Deutschland. Weil Athen Ausgaben und Renten kürzt und Steuern erhöht, so dass das Riesendefizit bereits leicht gesunken ist.

Im labyrinthischen hellenischen Gesundheitswesen aber sehen die EU-Kontrollierer weiterhin das größte Risiko für eine griechische Genesung. Schon deshalb, weil niemand weiß, wie hoch die Klinikschulden von 2006 bis heute sind, wie viel für überbeuerte Rechnungen noch bezahlt werden muss. Sind es sechs oder sieben Milliarden Euro? Oder mehr? Die Sanierung des Krankensystems gilt nach als Schlüssel zum Erfolg. Ein Bericht zeigt sich hier, wie auf dem Seziertisch,

Das Hellas-Kartell

Mit mehr als 100 Milliarden Euro soll Griechenland gerettet werden. Das könnte ein schöner Traum bleiben. Eine Nachforschung in Athen.

Von Christiane Schlötzer



Photo: AP

was geschieht, wenn ein Staat selbst krank ist und die Kontrolle verliert.

Kavvadas, dem nervigen Prüfer, wollten sie versetzen, weil er zu viel fragte und zu viel wusste. Beispielsweise, dass ein Krankenhaus in Athen nur Dialysefilter einer einzigen Firma benutzte. Mit der Begründung: Sie seien mit anderen Filtern „nicht vergleichbar“. Ein zweites Staatshospital nahm nur Material eines anderen Herstellers, auch diese Präparate waren angeblich „unvergleichbar“. Der 31-jährige Kavvadas kann sich das nur so erklären: Es ist ein Kartell am Werk. Und für die Verwendung bestimmter Produkte fließt Schwarzgeld, weitgereicht unterm Operationstisch, über den Apothekenbesitzer, in Politikerbüros. Das wurde dann in die Preise eingerechnet. 2005 hätten alle Lieferanten, weil der Staat schon ziemlich klamm war, einen pauschalen Preisaufschlag von 20 Prozent akzeptiert. Ohne viel Murren, wie sich Kavvadas erinnert. Was vermuten lässt, dass alle wussten, dass etwas nicht stimmt in Hellas.

Sind Menschen krank, tun sie meist alles, um wieder gesund zu werden, nichts ist ihnen zu teuer. Und sie quälen sich mit der Frage, was habe ich falsch gemacht, dass ich so leiden muss, auch wenn die Ursachenforschung meist müßig ist. Ist ein Staat krank, lässt sich das Organversagen ganz gut begründen. Eine wesentliche Rolle spielt im hellenischen Fall ein Gesetz aus dem Jahr 2001. Damals regierte, wie heute wieder, die sozialistische Pasok-Partei. Das Gesetz mit der Nummer 2955 besagte, dass die staatlichen Krankenhäuser auch ohne öffentliche Ausschreibungen, also ohne Stents zu einer preislichen Stunde der Wahrheit werden, weil ein Gesetz erst alle Ein-

käufe der Vergangenheit für „legal“ erklären muss, bevor die Rechnungen beglichen werden können.

„Wir wussten, dass die Preise höher sind als im Rest Europas“, sagt Tsouri. Die EU hätte „vor vielen Jahren schon eingreifen müssen“. Tsouri spricht von einem „Dreieck“ aus griechischen Zwischenhändlern der Pharmahersteller, Staat und Ärzten. Man hat zuletzt ein paar Konten von Chefarzten geöffnet und viele Millionen gefunden. Wer die Konten gefüllt hat, ist bislang nicht bekannt. Tsouri nimmt einen Schluck Wasser zum trockenen Sandwich und sagt, es sei „unmöglich“, dass die Hersteller der Produkte, ob in Deutschland, Italien oder Japan, von den griechischen Gepflogenheiten „nichts gewusst haben“. Leider kann man das schwer überprüfen.

„Dieses Gesetz wird uns mit mathematischer Genauigkeit vor den Europäischen Gerichtshof bringen“, warnte schon damals die Vizeministerin für das Gesundheitswesen, Elyzida Tsouri. Sie hat ihre Bedenken aufgeschrieben, in einem Brief an den damaligen Regierungschef Kostas Simitis. Tsouri sah, was kommen könnte. „Wir haben die Bedingungen geschaffen für ein Erpressungsverhalten von Seiten der medizinischen Versorgungsunternehmen.“ Das gefährde die Finanzen des Staates.

Elpidia Tsouri kann man im Café des Parlaments treffen, vor sich ein trockenes Sandwich, das sie kaum anrührt. Sie ist Abgeordnete der Regierungspartei Pasok, die nun entscheiden muss, wie die horrenden Altschulden bei den Pharmafirmen bezahlt werden. Die Abstimmung soll an diesem Tag stattfinden. Sie könnte zu einer peinlichen Stunde der Wahrheit werden, weil ein Gesetz erst alle Ein-

käufe der Vergangenheit für „legal“ erklären muss, bevor die Rechnungen beglichen werden können.

„Wir wussten, dass die Preise höher sind als im Rest Europas“, sagt Tsouri. Die EU hätte „vor vielen Jahren schon eingreifen müssen“. Tsouri spricht von einem „Dreieck“ aus griechischen Zwischenhändlern der Pharmahersteller, Staat und Ärzten. Man hat zuletzt ein paar Konten von Chefarzten geöffnet und viele Millionen gefunden. Wer die Konten gefüllt hat, ist bislang nicht bekannt. Tsouri nimmt einen Schluck Wasser zum trockenen Sandwich und sagt, es sei „unmöglich“, dass die Hersteller der Produkte, ob in Deutschland, Italien oder Japan, von den griechischen Gepflogenheiten „nichts gewusst haben“. Leider kann man das schwer überprüfen.

Die Apotheke im Foyer des Krankenhauses ist Info-Börse für die Pharmavertreter.

Das Unternehmen Fresenius in Deutschland zum Beispiel beruft sich auf seine „Vertriebspartner“ in Hellas, weshalb man sich nicht zur Preisgestaltung äußern könne. Auf Nachfragen, ob man nicht wenigstens mitteilen könne, ob die Athener Preise sich im EU-Ebene gleich auf hohem oder auf durchschnittlichem Niveau bewegten, verweist das Unternehmen auf „nationale Vorschriften“, wie „Verpackungsbeschaefheiten“ (Glas, Plastik, Beutel). Auch die deutsche Firma B. Braun will „aus Wettbewerbsgründen“ keine Auskünfte geben und spricht von „lokalen Marktpreisen“ europaweit verkaufter Produkte.

Der griechische Journalist Antonis Karakousis bekommt momentan viele Mails und Anrufe, weil er in seiner Zeitung *To Vima* über ein „Kartell der weißen Kittel“ geschrieben hat. Dieses Kartell habe jahrelang profitiert von laxen Kontrollen und willfährigen Helfern in Amtsstuben. Die Gesellschaft will das alles nicht mehr bezahlen“, sagt Karakousis. Und weil das Finanzministerium, getrieben von EU und Währungsfonds, nun überall nach Schwarzgeldkonten suche, werde quasi nebenbei auch der stinkende Klinikmüll umgewühlt. „Es gibt sehr viel Druck, etwas zu ändern“, meint der Journalist.

Wenn das so ist, müsste das eigentlich ein Mann zuerst merken, der direkt an der Front arbeitet, dort, wo es um Leben und Tod geht. Der Chefarzt behandelt Krebspatienten und möchte lieber anonym bleiben. In der Eingangshalle seiner Klinik glänzt der Marmor, auf seiner Station aber gibt es Fünf-Bett-Zimmer, in denen die stickige Juli-Hitze steht. Türen und Fenster sind geöffnet, aber kein Lüftchen regt sich. Der Doktor geht ins Freie, in ein kleines Café zwischen ein paar Pflanzenkübeln. Er will in seiner Klinik lieber nicht reden.

„Das ist ein Dreieck“, sagt der Mann mit dem rundlichen Kopf. Der Urwald beginne gleich am Eingang seiner Klinik. Da befindet sich die Apotheke, und dort werde viel telefoniert. Apothekenmitarbeiter informieren die Pharmalieferanten über das „Verschreibungsprofil“ der Ärzte. Die Pharmavertreter treffe er dann ständig auf den Klinikfluren, sagt der Arzt. Einige Krankenhausdirektoren hätten versucht, dieses Heurusspazieren zu verbieten. Das Gesundheitsministerium aber habe erst

jüngst wieder gestattet, dass die Vertreter dreimal pro Woche auftauchen dürfen. „Sie sind praktisch jeden Tag da.“ Und die Firmen ließen sich nicht lumpen, denn Ärzte fleißig verschreiben. Die Folge seien Überdosierung, unnötige Behandlungen. „Die Patienten kommen für einen simplen Test und verlassen die Klinik mit einer hochspezialisierten Untersuchung.“ Schon Medizinstudenten ließen sich Picknicks von den Firmen finanzieren. Griechenland ist zum Eldorado der Pharmabranche geworden.“

Was das heißt, hat Janis Papadopoulos erforscht. Er ist 72 Jahre alt, selbst Arzt und arbeitet für eine private Krankenkasse. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich die Studien. Papadopoulos ermittelt, was die Griechen schlucken: Im Durchschnitt fast doppelt so viele Medikamente wie die Deutschen. Der Mann glaubt, dies mache die Menschen eher krank. Ein Insider hat ihm eine Liste geschickt, in der die Firmengeschenke für Mediziner eines einzigen Distrikts auf Kreta aufgeführt sind. Es ist eine lange Reihe mit Namen und Summen.

Die konservative Opposition hat alles kritisiert. Dann hat sie genauso weitergemacht.

Die griechische Arzneimittelbehörde möchte den Verbrauch jetzt senken, weil das alles nicht mehr zu bezahlen ist. Die Ausgaben für Medikamente sollen von jährlich fünf Milliarden Euro auf knapp vier Milliarden sinken, bis Ende 2010. Die Behörde untersteht Gesundheitsministerin Marilisa Xenogiannakopoulou. Die verhandelte zuletzt mit der Branche über eine nachträgliche Preisreduzierung für die offenen Rechnungen. Jahrelang hätten die internationalen Hersteller große Summen „mit überbeuerten Produkten“ verdient, schimpfte die Ministerin. Von einigen Firmen wurden die Verhandlungen auf besondere Weise begleitet. Sie verringerten ihre Lieferungen, bis Krankenhausärzte klagten, ihnen fehlten Tests für Hepatitis, Aids und Tuberkulose und Röntgenfilme.

„Der Staat wird sich nicht erpressen lassen“, ließ die Ministerin wissen. „Die Party im Gesundheitswesen ist vorbei.“ Was sie nicht sagt: Dass ihr Staat die internationale Pharmagenossenschaft zu dieser Party selbst eingeladen hat.

Und Ministerin Xenogiannakopoulou war auch damals schon dabei, als das große Fest begann, als Generalsekretärin im Handelsministerium. Ihre Unterschrift findet sich auch auf offiziellen Papieren, die dafür sorgen, dass der Staat fast überall auf ausschreibungslosem Gesundheitswesen verzichtet. Das hat das Hellas-Kartell erst möglich gemacht.

Die konservative Opposition hat dies damals kritisiert – und als sie 2004 an die Macht kam, genauso weitergemacht. Auch eine Ermahnung durch den Europäischen Gerichtshof änderte 2007 nichts. Erst als im Juni 2009 die EU mit einer erneuten Befassung des Gerichts drohte, wegen fortdauernder Verletzung der Wettbewerbsvorschriften, wurde im August 2009 das Sündenfall-Gesetz von 2001 aufgehoben. Erste Ausschreibungen soll es nun im Herbst geben. Aber die wurden schon oft versprochen.

Wenn ein Arzt im Monat nur 2700 Euro netto verdient, dann ist er anfällig für Geschenke.

An der griechischen Luxtheit haben internationale Konzerne offenbar keinen Anstoß genommen, sie haben sich im Gegenteil viel bestens arrangiert damit, wie man kann. Die Ärzte bekommen die Bezahlungen von Rechnungen lange warten, wenn am Ende die Summe stimmt. Ein Untersuchungsausschuss zur Siemens-Affäre im Athener Parlament hat soeben ermittelt, dass der Münchner Konzern nicht nur wie bereits bekannt für Verträge im Bereich Telekommunikation in Hellas Schmiegelder zahlte. In dem 800-Seiten-Bericht ist auch von 164 Kontrakten mit Hospitalären die Rede. Die Medizingeräte sollen überbeuert gewesen sein, die Einkäufe erfolgten, wie es heißt, ohne lange Verhandlungen.

Das Krankenhaus Evangelismos ist das größte des Landes, es steht wie ein havariertes Tanker mitten in Athen, umgeben von grauen Betonwänden und vielen verschlissene blaue Sofas. Den Kardiologen Elias Sioras stört das nicht. Was ihn schmerzt: Das sind blutstillende Pulver, das in anderen EU-Ländern für weniger als 100 Euro zu haben ist, in Athen 500 Euro kostet. Sioras ärgert auch, dass ein Arzt wie er monatlich 30 Dienstjahren nur 2700 Euro netto im Nettopfennig verdient. Das mache anfällig für Geschenke. Diejenigen, die nicht mitspielen wollten, seien „eine Minderheit“, sagt der Doktor mit.

Im elften Stock des Evangelismos hat Michail Theodorou einen phantastischen Blick auf Athen. Das passt, denn der Mann war bei den griechischen Luftstreitkräften, bis er vor drei Monaten Generalmanager des Krankenhauses wurde. Aus der Vögelperspektive erscheint Theodorou alles ganz einfach. Die Klinik wird künftig ein festes Budget haben, auch wenn das bis jetzt nicht, was Kontrollen sehr schwer machte. „Wir müssen Respekt vor öffentlichen Geldern haben“, sagt der Chef mit dem aufgeräumten Schreibtisch und verknüpft mit Stolz, dass ihm in den ersten Wochen bereits eine beachtliche Verminderung der Kosten gelungen sei. Wie gesagt, von oben gesehen, gibt es Hoffnung.

Aber unterhalb der Chefetage, in den Katakomben seines Krankenhauses, existiert eine Welt, die der Manager noch nicht so richtig versteht. Vor kurzem besichtigte er, als der Preis für Herz-Stents reduziert wurde, hat er festgestellt, dass die Ärzte dann „eben zwei statt einen Stent“ verwendet hätten. „Jeden Tag werden ich dazu“, sagt Michail Theodorou.

Hätte das Land mehr Diener und weniger Herren, mehr Männer wie diesen schmalschultrigen Versicherungsvertreter, vielleicht wäre dann alles gut gegangen in Hellas.

Pantelis Kavvadas stellt ein Glas mit Zuckersirup auf den Tisch, darin schwimmen grüne Pistazien, eine Spezialität seiner Heimatinsel Chios. Als wollte er sagen, ich habe den Boden unter den Füßen nicht verloren, ich weiß, wo meine Wurzeln sind. Neben das bauchige Pistazienglas legt der Mann ein Papierkonvolut, dick wie drei aufeinander gestapelte Fladenbrote. Das Deckblatt ziert der Schriftzug: *Elliniki Dimokratia*. Das ist die offizielle Bezeichnung Griechenlands.

Pantelis Kavvadas kennt jedes Blatt in dem Papierberg. Er war Beamter. Als 18-Jähriger fing er an, seinem Staat zu dienen. „Ich wollte alles richtig machen“, sagt er. Nach 29 Jahren hat er den Dienst quittiert, weil die griechische Republik nicht wissen wollte, was er, der Hartnäckige, herausgefunden hat.

Seit vier Jahren ist er nun nicht mehr Diener. „Ich kann wieder gut schlafen.“ Er fühle sich frei, sagt Kavvadas. Und er hat immer noch diesen dicken Bericht, den damals, als er fertig war, im August 2006, kaum einer lesen wollte. Wohin er ihn auch brachte, überall verschwand er in Schubladen.

Eine Herzmaschine kostet in Zypern 11 000 Euro – und in Griechenland: 43 000 Euro.

Jetzt sollten sich eigentlich viele für das Konvolut interessieren, die EU-Kommission zum Beispiel, die ihre Prüfer fast wöchentlich nach Athen schickt, und der Internationale Währungsfonds, oder die Politiker in Berlin. Alle, die Griechenland mit Krediten vor dem Bankrott retten wollen. Wenn sich nämlich nichts ändert an dem, was Kavvadas aufgeschrieben hat, dann werden die vielen Milliarden, die nun nach Athen fließen, in einem schwarzen Loch verschwinden. So viel kann man schon sagen.

Der Beamte hatte damals, in den Jahren 2003 und 2004, einen bösen Verdacht. Er war staatlicher Prüfer für die öffentlichen Krankenhäuser, und er glaubte, dass die Preise für medizinische Produkte – Dialysefilter für Nierenkranke zum Beispiel, oder Stents, die man für kranke Herzen braucht – in Griechenland viel höher sind als im Rest der EU. Die Krankenhäuser verschlingen in Hellas einen riesigen Brocken des staatlichen Budgets. Die Schulden aus den Kliniken haben sich dermaßen aufgehäuft, dass Athen sie vor der EU lieber gleich ganz versteckt hat. Als dies entdeckt wurde, schnellten die offiziellen Defizitzahlen in die Höhe, was letztlich mit zur gegenwärtigen griechischen Krise geführt hat.

Kavvadas recherchierte auf eigene Faust. Er bat die griechischen Botschaften in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und in Deutschland um Mithilfe. Das Ergebnis war gleich null. Dann ließ er den griechischen Handelsattaché

Das Hellas-Kar

Mit mehr als 100 Milliarden Euro soll Griechenland gerettet werden.
Das könnte ein schöner Traum bleiben.

Von Christiane Schlötzer



brannten und in Deutschland um mit Hilfe. Das Ergebnis war gleich null. Dann ließ er den griechischen Handelsattaché in Den Haag die 15 größten Hospitäler der Stadt anschreiben und erfuhr lediglich, Verträge mit Lieferanten seien „Privatsache“. Nur aus Frankreich kamen ein paar Daten, und als Kavvadas dann noch das Zollamt in Zypern befragte, da hatte er zumindest ein paar Belege.

Zum Beispiel Defibrillatoren, Maschinen, die ein flatterndes Herz wieder in Takt bringen: In Zypern kostete ein solches Gerät 11 000 Euro, in Frankreich waren es 15 000. In Griechenland aber wurden dafür 43 000 Euro verlangt.

Wer über die Phantasiepreise hier redet, der tut dies lieber in nicht zu leisen Lokalen.

Das gleiche Muster bei Klinikmaterial: „Bei uns war vieles vier bis fünf Mal, ja bisweilen zehn Mal so teuer“, sagt der Ex-Prüfer. Er erinnert sich beispielsweise an Dialysefilter der deutschen Firma Fresenius, die in Zypern 2005 für 12 bis 17 Euro zu haben gewesen seien, in Griechenland aber für 50 bis 66 Euro. Er fand Offshore-Firmen, registriert in Zypern oder Barbados, die Produkte internationaler Pharmahersteller ein- und wieder ausführten. Bis sie in Hellas ankamen, waren sie wundersamerweise viel wertvoller als vor der langen Reise.

Wer wissen will, wie der griechische Staat sich ins Unglück geritten hat, der kann in einem Athener Gartenlokal, in dem das Stimmengewirr Schutz vor Lauschern bietet, den unauffälligen Herrn Kavvadas treffen; er kann auch mit Politikern reden, die einen Tag später anrufen und ihre Aussagen korrigieren. Oder er kann das erste Gerichtsurteil lesen, das sich mit hellenischen Phantasiepreisen befasst und jüngst in Großbritannien erging, gegen den Ex-Vizepräsidenten der Firma DePuy, die zum US-Multi Johnson & Johnson gehört. Ein Kunstknie, heißt es da, kostete in Athen das Doppelte des EU-Durchschnitts. Verurteilt wurde der Manager wegen Korruption.

Die EU war schon fast euphorisch, weil Griechenland jetzt so viel tut für die 110 Milliarden Euro, die Europa und der Währungsfonds Athen in den kommenden drei Jahren geben werden; für 22 Milliarden garantiert Deutschland. Weil Athen Ausgaben und Renten kürzt und Steuern erhöht, so dass das Riesendefizit bereits leicht geschrumpft ist.

Im labyrinthischen hellenischen Gesundheitswesen aber sehen die EU-Kontrolleure weiterhin das größte Risiko für eine griechische Genesung. Schon deshalb, weil niemand weiß, wie hoch die Klinikschulden von 2006 bis heute sind, wie viel für überteuerte Rechnungen noch bezahlt werden muss. Sind es sechs oder sieben Milliarden Euro? Oder mehr? Die Sanierung des Krankenwesens gilt nun als Schlüsselaufgabe. Schließlich zeigt sich hier, wie auf dem Seziertisch,



was geschieht, wenn ein Staat selbst krank ist und die Kontrolle verliert.

Kavvadas, den nervigen Prüfer, wollten sie versetzen, weil er zu viel fragte und zu viel wusste. Beispielsweise, dass ein Krankenhaus in Athen nur Dialysefilter einer einzigen Firma benutzte. Mit der Begründung: Sie seien mit anderen Filtern „nicht vergleichbar“. Ein zweites Staatshospital nahm nur Material eines anderen Herstellers, auch diese Präparate waren angeblich „unvergleichbar“. Der 51-jährige Kavvadas kann sich das nur so erklären: Es ist ein Kartell am Werk. Und für die Verwendung bestimmter Produkte fließt Schwarzgeld, weitergereicht unterm Operationstisch, über den Apothekentresen, in Politikerbüros. Das werde dann in die Preise eingerechnet. 2005 hätten alle Lieferanten, weil der Staat schon ziemlich klamm war, einen pauschalen Preisabschlag von 20 Prozent akzeptiert. Ohne viel Murren, wie sich Kavvadas erinnert. Was vermuten lässt, dass alle wussten, dass etwas nicht stimmt in Hellas.

Sind Menschen krank, tun sie meist alles, um wieder gesund zu werden, nichts ist ihnen zu teuer. Und sie quälen sich mit der Frage, was habe ich falsch gemacht, dass ich so leiden muss, auch wenn die Ursachenforschung meist müßig ist. Ist ein Staat krank, lässt sich das Organversagen ganz gut ergründen. Eine wesentliche Rolle spielt im hellenischen Fall ein Gesetz aus dem Jahr 2001. Damals regierte, wie heute wieder, die sozialistische Pasok-Partei. Das Gesetz mit der Nummer 2955 besagte, dass die staatlichen Krankenhäuser auch ohne öffentliche Ausschreibungen, also ohne Suche nach dem jeweils günstigsten Anbieter, einkaufen dürfen, vorausgesetzt: Pro-

dukte sind „nicht vergleichbar“ oder dienen einem „speziellen Bedarf des Patienten“. Näheres regle ein Dekret.

Solche Dekrete wurden dann über die Jahre hinweg reichlich verfasst, so viele, bis die Ausnahme die Regel war, bis praktisch jedes menschliche Ersatzteil, vom Hüftgelenk bis zum kleinsten Knöchelchen in diese Kategorie fiel. Augenlinsen ebenso wie Herzschrittmacher. Lange Listen mit Höchstpreisen regelten den Markt, gedruckt auf Regierungspapier. Ein zwölfseitiges Dekret zu Dialysefiltern enthält gar konkrete Produktbezeichnungen mit Preisen und Firmennamen, quer durch den europäischen Markt. Einigen Leuten in den Amtsstuben wurde da schon ein wenig schwummrig ob der offensichtlichen Verstöße gegen europäisches Wettbewerbsrecht.

„Dieses Gesetz wird uns mit mathematischer Genauigkeit vor den Europäischen Gerichtshof bringen“, warnte schon damals die Vizeministerin für das Gesundheitswesen, Elpida Tsouri. Sie hat ihre Bedenken aufgeschrieben, in einem Brief an den damaligen Regierungschef Kostas Simitis. Tsouri sah, was kommen könnte. „Wir haben die Bedingungen geschaffen für ein Erpressungsverhalten von Seiten der medizinischen Versorgungsunternehmen.“ Das gefährde die Finanzen des Staates.

Elpida Tsouri kann man im Café des Parlaments treffen, vor sich ein trockenes Sandwich, das sie kaum anrührt. Sie ist Abgeordnete der Regierungspartei Pasok, die nun entscheiden muss, wie die horrenden Altschulden bei den Pharmafirmen bezahlt werden. Die Abstimmung soll an diesem Tag stattfinden. Sie könnte zu einer peinlichen Stunde der Wahrheit werden, weil ein Gesetz erst alle Ein-

kä
klä
ch

sir
Di
eir
eir
Zv
ler
eir
un
Kc
ka
ser
„u
du
pa
ter
ma

Di
Kr
fü

De
au
we
tu
ma
ob
gle
ch
Ur
ter
de
be
be
ser

Kartell

oll Griechenland gerettet werden.
iben. Eine Nachforschung in Athen.



jüngst wieder gestattet, dass die Vertreter dreimal pro Woche auftauchen dürfen. „Sie sind praktisch jeden Tag da.“

Und die Firmen ließen sich nicht lumpen, wenn Ärzte fleißig verschreiben. Die Folge seien Überdosierung, unnötige Behandlungen. „Die Patienten kommen für einen simplen Test und verlassen die Klinik mit einer hochspezialisierten Untersuchung.“ Schon Medizinstudenten ließen sich Picknicks von den Firmen finanzieren. „Griechenland ist zum Eldorado der Pharmabranche geworden.“

Was das heißt, hat Jannis Papadopoulos erforscht. Er ist 72 Jahre alt, selbst Arzt und arbeitet für eine private Krankenkasse. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich die Studien. Papadopoulos ermittelt, was die Griechen schlucken: im Durchschnitt fast doppelt so viele Medikamente wie die Deutschen. Der Mann glaubt, dies mache die Menschen eher krank. Ein Insider hat ihm eine Liste geschickt, in der die Firmengeschenke für Mediziner eines einzigen Distrikts auf Kreta aufgeführt sind. Es ist eine lange Reihe mit Namen und Summen.

Die konservative Opposition hat alles kritisiert. Dann hat sie genauso weitergemacht.

Die griechische Arzneimittelbehörde möchte den Verbrauch jetzt senken, weil das alles nicht mehr zu bezahlen ist. Die Ausgaben für Medikamente sollen von jährlich fünf Milliarden Euro auf knapp vier Milliarden sinken, bis Ende 2010. Die Behörde untersteht Gesundheitsministerin Marlisia Xenogiannakopoulou. Die verhandelte zuletzt mit der Branche über eine nachträgliche Preisreduzierung für die offenen Rechnungen. Jahrelang hätten die internationalen Hersteller große Summen „mit überpreuerten Produkten“ verdient, schimpfte die Ministerin. Von einigen Firmen wurden die Verhandlungen auf besondere Weise begleitet. Sie verringerten ihre Lieferungen, bis Krankenhausärzte klagten, ihnen fehlten Tests für Hepatitis, Aids und Tuberkulose und Röntgenfilme.

„Der Staat wird sich nicht erpressen lassen“, ließ die Ministerin wissen. „Die Party im Gesundheitswesen ist vorbei.“ Was sie nicht sagte: Dass ihr Staat die internationale Pharmagemeinde zu dieser Party selbst eingeladen hat.

Und Ministerin Xenogiannakopoulou war auch damals schon dabei, als das große Fest begann, als Generalsekretärin im Handelsministerium. Ihre Unterschrift findet sich auch auf offiziellen Papieren, die dafür sorgten, dass der Staat fast überall auf Ausschreibungen im Gesundheitswesen verzichtete. Das hat das Hellos-Kartell erst möglich gemacht.

Die konservative Opposition hat dies damals kritisiert – und als sie 2004 an die Macht kam, genauso weitergemacht. Auch eine Ermahnung durch den Europäischen Gerichtshof änderte 2007 nichts. Erst als im Juni 2009 die EU mit einer erneuten Befassung des Gerichts drohte, wegen fortdauernder Verletzung der Wettbewerbsvorschriften, wurde im August 2009 das Sündenfall-Gesetz von



Foto: AP

die-
tien-

r die
iele,
rak-
vom
hel-
nsen
ange
den
pier.
lyse-
ukt-
nen-
chen
st-
mm-
ge-

ma-
pä-
ürnte
das
Sie
in
egie-
sah,
Be-
res-
zini-
Das

des
cke-
Sie
artei
e die
ma-
nung
önn-
ahr-
Ein-

käufe der Vergangenheit für „legal“ erklären muss, bevor die Rechnungen beglichen werden können.

„Wir wussten, dass die Preise höher sind als im Rest Europas“, sagt Tsouri. Die EU hätte „vor vielen Jahren schon eingreifen müssen“. Tsouri spricht von einem „Dreieck“ aus griechischen Zwischenhändlern der Pharmahersteller, Staat und Ärzten. Man hat zuletzt ein paar Konten von Chefarzten geöffnet und viele Millionen gefunden. Wer die Konten gefüllt hat, ist bislang nicht bekannt. Tsouri nimmt einen Schluck Wasser zum drögen Sandwich und sagt, es sei „unmöglich“, dass die Hersteller der Produkte, ob in Deutschland, Italien oder Japan, von den griechischen Gepflogenheiten „nichts gewusst haben“. Leider kann man das schwer überprüfen.

Die Apotheke im Foyer des Krankenhauses ist Info-Börse für die Pharmavertreter.

Das Unternehmen Fresenius in Deutschland zum Beispiel beruft sich auf seine „Vertriebspartner“ in Hellas, weshalb man sich nicht zur Preisgestaltung äußern könne. Auf Nachfragen, ob man nicht wenigstens mitteilen könne, ob die Athener Preise sich im EU-Vergleich auf hohem oder auf durchschnittlichem Niveau bewegten, verweist das Unternehmen auf „nationale Vorschriften“, wie „Verpackungsbeschaffheiten (Glas, Plastik, Beutel)“. Auch die deutsche Firma B. Braun will „aus Wettbewerbsgründen“ keine Auskünfte geben und spricht von „lokalen Marktpreisen“ europaweit verkaufter Produkte.

Der griechische Journalist Antonis Karakousis bekommt momentan viele Mails und Anrufe, weil er in seiner Zeitung *To Vima* über ein „Kartell der weißen Kittel“ geschrieben hat. Dieses Kartell habe jahrelang profitiert von laxen Kontrollen und willfährigen Helfern in Amtsstuben. „Die Gesellschaft will das alles nicht mehr bezahlen“, sagt Karakousis. Und weil das Finanzministerium, getrieben von EU und Währungsfonds, nun überall nach Schwarzgeldkonten suche, werde quasi nebenbei auch der stinkende Klinikmüll umgewühlt. „Es gibt sehr viel Druck, etwas zu ändern“, meint der Journalist.

Wenn das so ist, müsste das eigentlich ein Mann zuerst merken, der direkt an der Front arbeitet, dort, wo es um Leben und Tod geht. Der Chefarzt behandelt Krebspatienten und möchte lieber anonym bleiben. In der Eingangshalle seiner Klinik glänzt der Marmor, auf seiner Station aber gibt es Fünf-Bett-Zimmer, in denen die stickige Juli-Hitze steht. Türen und Fenster sind geöffnet, aber kein Lüftchen regt sich. Der Doktor geht ins Freie, in ein kleines Café zwischen ein paar Pflanzenkübeln. Er will in seiner Klinik lieber nicht reden.

„Das ist ein Dschungel“, sagt der Mann mit dem rundlichen Kopf. Der Urwald beginne gleich am Eingang seiner Klinik. Da befinde sich die Apotheke, und dort werde viel telefoniert. Apothekenmitarbeiter informierten die Pharmalieferanten über das „Verschreibungsprofil“ der Ärzte. Die Pharmavertreter treffe er dann ständig auf den Klinikfluren, sagt der Arzt. Einige Krankenhausdirektoren hätten versucht, dieses Herumspazieren zu verbieten. Das Gesundheitsministerium aber habe erst

München Seite 3, Bayern Seite 3
uronte, wegen fortwährender Verletzung der Wettbewerbsvorschriften, wurde im August 2009 das Sündenfall-Gesetz von 2001 aufgehoben. Erste Ausschreibungen soll es nun im Herbst geben. Aber die wurden schon oft versprochen.

Wenn ein Arzt im Monat nur 2700 Euro netto verdient, dann ist er anfällig für Geschenke.

An der griechischen Laxheit haben internationale Konzerne offenbar keinen Anstoß genommen, sie haben sich im Gegenteil wohl bestens arrangiert damit. Dafür kann man dann schon mal auf das Bezahlen von Rechnungen lange warten, wenn am Ende die Summe stimmt. Ein Untersuchungsausschuss zur Siemens-Affäre im Athener Parlament hat soeben ermittelt, dass der Münchner Konzern nicht nur, wie bereits bekannt, für Verträge im Bereich Telekommunikation in Hellas Schmiergelder zahlte. In dem 800-Seiten-Bericht ist auch von 164 Kontrakten mit Hospitälern die Rede. Die Medizingeräte sollen übersteuert gewesen sein, die Einkäufe erfolgten, wie es heißt, ohne lange Verhandlungen.

Das Krankenhaus Evangelismos ist das größte des Landes, es steht wie ein havariertes Tanker mitten in Athen, unweit des Parlaments. Auf den Gängen stehen verschlissene blaue Sofas. Den Kardiologen Elias Sioras stört das nicht. Was ihn schmerzt: Dass ein blutstillendes Pulver, das in anderen EU-Ländern für weniger als 100 Euro zu haben sei, in Athen 500 Euro koste. Sioras ärgert auch, dass ein Arzt wie er nach 30 Dienstjahren nur 2700 Euro netto im Monat verdiene. Das mache anfällig für Geschenke. Diejenigen, die nicht mitspielen wollten, seien „eine Minderheit“, sagt der Doktor müde.

Im elften Stock des Evangelismos hat Michail Theodorou einen phantastischen Blick auf Athen. Das passt, denn der Mann war bei den griechischen Luftstreitkräften, bis er vor drei Monaten Generalmanager des Krankenhauses wurde. Aus der Vogelperspektive erscheint Theodorou alles ganz einfach. Die Klinik wird künftig ein festes Budget haben, auch das gab es bisher nicht, was Kontrollen sehr schwer machte. „Wir müssen Respekt vor öffentlichen Geldern haben“, sagt der Chef mit dem aufgeräumten Schreibtisch und verkündet mit Stolz, dass ihm in den ersten Wochen bereits eine beachtliche Verminderung der Kosten gelungen sei. Wie gesagt, von oben gesehen, gibt es Hoffnung.

Aber unterhalb der Chefetage, in den Katakomben seines Krankenhauses, existiert eine Welt, die der Manager noch nicht so richtig versteht. Vor kurzem beispielsweise, als der Preis für Herz-Stents reduziert wurde, hat er festgestellt, dass die Ärzte dann „eben zwei statt einen Stent“ verwendet hätten.

„Ich lerne jeden Tag dazu“, sagt Michail Theodorou.